

Autonome Linksextremisten

Sitz / Verbreitung	Landesweite Verteilung mit lokalen Schwerpunkten in Ballungszentren. Regelmäßige zeit- und ortsgebundene Veranstaltungen gibt es in Nordrhein-Westfalen nicht.
Gründung / Bestehen seit	Ende der 1970er- bzw. Anfang der 1980er-Jahre aus Ausläufern der Studentenbewegung der 1968er-Jahre, der „Sponti-Szene“ der 1970er-Jahre und der Punk-Subkultur entstanden
Struktur / Repräsentanz	Szenestrukturen sind von weitgehend hierarchiefreien Netzwerken mit themen- oder actionsbezogener Ausrichtung geprägt; Internet fungiert als offenes Kontaktmedium; überregionale Treffen oder Telekonferenzen mit Delegierten örtlicher oder thematisch gebundener Zusammenhänge.
Mitglieder / Anhänger /	Rund 850 Mitglieder in Nordrhein-Westfalen 
Unterstützer 2015	
Veröffentlichungen	Hauptsächlich Veröffentlichungen in szenebezogenen Internetportalen, Internetblogs und sozialen Netzwerken
Kurzportrait / Ziele	Die linksautonome Szene ist eine heterogene, alternative Mischszene, deren gemeinsame ideologische Basis fundamentalanarchistische und kommunistische Theoriefragmente bilden. Ihr Ideal sieht sie in einem selbstbestimmten Leben frei von Herrschaftsverhältnissen. Die Szene ist insgesamt eher weniger ideologiefixiert als actionsorientiert. Staatliche und gesellschaftliche Normen, Hierarchien und Verbindlichkeiten werden als Unterdrückungsmechanismen („Repression“) abgelehnt. Eine verbindliche Festschreibung auf konkrete politische Ziele widerspricht autonomen Denkmustern, jedoch wird der von weitgehender Handlungsfreiheit geprägte Lebensstil in „Freiräumen“ wie Wohngemeinschaften, besetzten Häusern oder soziokulturellen Zentren ausgelebt. Der Mangel an verbindlicher Zielsetzung wird über das Erlebnis identitätsstiftender, gemeinsamer politischer

Protestaktivitäten (beispielsweise zu den Themen Antifaschismus, Antirassismus, Antikapitalismus, Antigentrifizierung) ausgeglichen. Gewalt ist dabei ein grundsätzlich akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat und andere politische Gegner.

Finanzierung

Keine Mitgliedsbeiträge; ereignis- oder anlassbezogene Finanzierung von Aktionen und Kampagnen durch Solidaritätskonzerte und -partys oder Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben ohne Staat und gesellschaftliche Zwänge bedingt, dass Autonome staatliche und gesellschaftliche Normen ablehnen. Der demokratische Rechtsstaat wird von ihnen als Zwangssystem bekämpft. Insbesondere Rechtsextremisten, aber zum Teil auch demokratischen Parteien und Organisationen beziehungsweise deren Vertretern werden von Linkautonomen durch die Verfassung garantierte Grundrechte, insbesondere die Versammlungsfreiheit, abgesprochen. Gewalt wird dabei als legitimes Mittel der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und der Polizei angesehen. Die Polizei wird dabei als „Beschützer der Rechten“ und als Teil des „staatlichen Repressionsapparats“ betrachtet. Insbesondere die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols durch die linkautonome Szene bei gleichzeitiger Befürwortung des Gewalteinsatzes zur Erreichung der eigenen politischen Ziele ist nicht vereinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Ereignisse und Entwicklungen

Als Antwort auf die Zunahme der Übergriffe auf Ausländer, Migranten und Flüchtlingsunterkünfte tendierte die linkautonome Szene in Nordrhein-Westfalen zur Verschmelzung von ursprünglich unterschiedlichen Themenfeldern. Die Flüchtlingsproblematik wird als Folgewirkung des kapitalistischen Systems und rassistischer Überzeugungen gesehen, welche markt- und staatskonforme Egoismen im Sinne ungerechter Nationalismen fördern. Damit konnten sich die Kampagnen zu den Themenfeldern Antifaschismus, Antirassismus und Antikapitalismus in ihren Aussagen und Aktivitäten stark annähern. Zudem hat vor allem bei Demonstrationen die



Bei Demonstrationen im Oktober 2015 in Köln kam es zu Ausschreitungen regionaler Antifa-Aktivisten.

Bereitschaft zur tätlichen Auseinandersetzung mit der Polizei, mit tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten sowie ganz allgemein mit Vertretern fremdenfeindlicher Positionen weiter zugenommen.

Im Jahr 2015 waren insbesondere die Aktivitäten gegen eine HoGeSa-Demonstration am



picture alliance / dpa

Täliche Übergriffe auf Teilnehmer und Polizeianhörige im Oktober 2015 in Köln

25. Oktober 2015 in Köln ein Anlass für Aktionen des Antifa-Spektrums. Neben der von zivildemokratischen Initiativen veranstalteten Protestkundgebung war ein regelrechter Krawalltourismus auch von Linksextremisten aus diesem Anlass festzustellen. Sowohl regionale Antifa-Aktivisten und Gruppen des auslandsbezogenen Extremismus als auch Antifa-Gruppierungen aus anderen Regionen und Bundesländern versuchten mit massiver Gewalt, Polizeisperren zu überrennen und die Demonstration der rechten Szene zu stören. Im Zusammenhang der Protestaktionen kam es zu mehreren Schlägereien zwischen linken

und rechten Aktivisten, wobei auch Schlagstöcke und mit Sand gefüllte Handschuhe eingesetzt wurden.

Erneut wurden in mehreren Städten Nordrhein-Westfalens Häuser besetzt, wobei die Hausbesetzungen sowohl nur wenige Stunden und Tage, als auch über einen längeren Zeitraum dauern konnten. Die Aktionen wurden mit der Forderung nach einer Bereitstellung von Unterkünften für Flüchtlinge, billigem Wohnraum und subkulturellen Treffpunkten abseits staatlicher oder kommunaler Zugriffsmöglichkeiten im Sinne selbstverwalteter „Autonomer“ oder „Sozialer Zentren“ begründet.

Autonome Gruppen aus Nordrhein-Westfalen waren zudem an Aktivitäten außerhalb des Bundeslandes maßgeblich beteiligt. Die Mobilisierung zu den Protestveranstaltungen gegen die EZB-Eröffnung in Frankfurt am 18. März 2015 und gegen den G7-Gipfel in Elmau in der Woche vom 1. bis zum 7. Juni 2015 ging auch auf nordrhein-westfälische autonome Gruppen zurück. In beiden Fällen waren mehrere Hundert autonomer Aktivisten aus Nordrhein-Westfalen zu den Ereignissen angereist. Die EZB-Eröffnung war von heftigen Ausschreitungen begleitet, während der G7-Gipfel mit Ausnahme demonstrationstypischer Straftaten nahezu störungsfrei verlief.

Als ein weiterer Themenschwerpunkt geriet der Klimaschutz immer mehr in den Fokus autonom-anarchistischer Umweltschützer. Während der Protest gegen den Tagebau in Hambach mit einer weitgehend friedlichen Waldbesetzung und niedrigschwellige Straftaten begann, wurde



Beschlagnahmte Gegenstände und Aktivistengruppen am Tagebau im Hambacher Forst

auch schon in Vorjahren ein stetiger Anstieg der Anzahl und der Gewaltbereitschaft bei Aktionen gegen den Tagebau Hambach im rheinischen Braunkohlerevier beobachtet. Im Jahr 2015 waren eine Steigerung tätlicher Angriffe auf das Werkspersonal und Polizeikräfte sowie erhebliche Sachbeschädigungen, zum Teil mit Anschlagscharakter, zu verzeichnen. An einer mehrtägigen Großaktion mit dem Motto „Ende Gelände“ Mitte August 2015 war neben demokratischen Umweltinitiativen auch die von der linksextremistischen autonomen Szene gesteuerte »Interventionistische Linke (IL)« maßgeblich beteiligt.

Im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Syrien beteiligten sich kurdistansolidarische Gruppierungen der autonomen Szene an Aktionen zur Unterstützung des kurdischen Widerstandes gegen den sogenannten **Islamischen Staat** in Nordsyrien und gegen die türkische Staatspolitik. Neben Demonstrationen, bei denen die Abschaffung des Betätigungsverbots der **PKK** gefordert wurde, engagierten sich autonome Aktivisten aus Nordrhein-Westfalen an den von der **MLPD** zum Aufbau eines Gesundheitszentrums in Kobane organisierten Arbeitsbrigaden. Darüber hinaus waren Einzelpersonen aus dem Umfeld der autonomen Szene auch an den Kampfhandlungen kurdischer Milizen in Nordsyrien beteiligt. Eine Aktivistin aus Nordrhein-Westfalen wurde dabei offenbar erschossen, bei anderen Personen liegen Hinweise auf schwere Verletzungen mit bleibenden Körperschäden vor.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der Einsatz von Gewalt als politisches Mittel wird kaum noch hinterfragt. Der Anstieg gerade körperlicher Auseinandersetzungen im Umfeld demonstrativer Ereignisse belegt eine über mehrere Jahre andauernde stetige Herabsetzung der Hemmschwelle bei der Gewaltbereitschaft linksautonomer Aktivisten in Nordrhein-Westfalen.

Erfolge werden im linksautonomen Spektrum vor allem in einer medialen, möglichst auch internationalen Berichterstattung über Auseinandersetzungen bei Großereignissen gesehen. Zu diesem Zweck besteht weiterhin eine starke Tendenz zur überregionalen und internationalen Vernetzung auch über ideologische Differenzen hinweg. Nordrhein-westfälische Mitgliedsgruppen der linksautonomen Bündnisse **Ums Ganze. Kommunistisches Bündnis** und »Interventionistische Linke« haben maßgeblich bei der Mobilisierung für überörtliche Ereignisse auch außerhalb von Nordrhein-Westfalen mitgewirkt und konnten zahlreiche Aktivisten aus Nordrhein-Westfalen für eine Beteiligung an den Aktionen vor Ort gewinnen. Gleichzeitig haben sich die Möglichkeiten für eine kurzfristige, anlassbezogene Mobilisierung zu Einzelthemen über soziale Netzwerke auf örtlicher Ebene etabliert.

Weitere Informationen zum Hintergrund

🌐 www.mik.nrw.de, Web-Link: [vs_autonome](#)